

SOWJETZONE

ZUR WIRTSCHAFTSLAGE DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS IM HERBST 1962

Wird das System geändert?

Ende Oktober beschloß die sogenannte Volkskammer, die nach Artikel 51 der Verfassung am 15. November 1962 endende Legislaturperiode um ein Jahr zu verlängern. Die Begründung lautete: „Im Zusammenhang mit Fragen der internationalen Beziehungen der DDR sowie mit der Notwendigkeit der Ausarbeitung des Perspektivplanes bis 1970 durch den Ministerrat und die Staatliche Plankommission wird die Verlängerung . . . erforderlich.“ Die Bezugnahme auf die Belange der Planung entbehrt jeder inneren Logik. Offensichtlich geht es um mehr als nur um den Perspektivplan. Der allein würde mit einer Wahl kaum kollidieren. Seit Wochen ist jedoch in der Sowjetunion eine Diskussion um Kernprobleme des Systems der Planwirtschaft entbrannt, die erhebliche Auswirkungen auch auf die Planung in der SBZ haben dürfte. Wenn in dem totalitären Osten eine solche Diskussion gestattet wird, bei der das bestehende System zum Teil scharf kritisiert wird, dann ist etwas beabsichtigt. Dann strebt man eine Veränderung an, die wegen ihrer Bedeutung ideologisch und propagandistisch vorbereitet werden muß. Dies abzuwarten, ist wahrscheinlich der wahre Grund der Wahlverschiebung.

Es war eine echte Sensation, als die *Prawda* den Brief einer hochdekorierten Kolchosbäuerin abdruckte, in dem sie den Vorschlag machte, die Flächen der Kolchosen aufzuteilen und den Kolchosmitgliedern zur individuellen Bewirtschaftung zu übergeben, weil erwiesenermaßen diese Art der Bewirtschaftung einen größeren Ertrag brächte als die kollektive Bewirtschaftung. In ähnlichem Sinne hatte sich seinerzeit Prof. *Vieweg* in der SBZ geäußert. Er wurde jedoch scharf gemäßregelt und inhaftiert. Für den Bereich der Industrie mußte der Charkower Professor *Libermann* die Rolle des Neuerers übernehmen. Er entfachte damit eine Diskussion, die bereits auf die Zone übergreifen hat. Dort finden sowjetische Äußerungen und Maßnahmen stets ein getreues Echo, weshalb es angezeigt erscheint, *Libermanns* wesentlichste Gedanken hier zu skizzieren.

Die zentrale Planung solle beschränkt werden auf den nach Arten und Lieferfristen den Betrieben vorgeschriebenen Produktionsumfang. Die Betriebe hätten in eigener Kompetenz den Plan der Arbeitsproduktivität, der Beschäftigtenzahl, des Arbeitslohnes, der Produktionsselbstkosten, der Akkumulation (Abführung von Gewinn und Steuern an die Staatskasse), der Investitionen und der technischen Rekonstruktion aufzustellen. Bisher hätten die Betriebe ihre wahre Leistungsfähigkeit verschleiert, um so leichter die Pläne erfüllen und Prämien kassieren zu können. Die bisherige Feststellung der Planerfüllung auf der Basis der Globalproduktion verleite die Betriebe, sich auf die Produktion zu beschränken, die am leichtesten zur nominalen Planerfüllung führe. Neue Produktionsverfahren oder die Herstellung von Ersatzteilen würden dabei als störend empfunden. An die Stelle dieses Planerfüllungsnachweises sollte der Gewinn im Verhältnis zum Wert der Anlage- und Umlaufgüter treten, also die Rentabilität. Sie allein sei mit einer Prämienzahlung zu koppeln. Zugleich müsse auch die Planung der Betriebe nach dem Verhältnis des Soll zum Ist mit Prämien bedacht werden. „Wenn also ein Betrieb unter unseren Bedingungen und bei geplanten Preisen eine hohe Rentabilität erreichen will, muß er bei der Ausarbeitung der Pläne die größtmögliche Auslastung der Kapazitäten und Ausrüstung anstreben.“ Daraus ergäbe sich ein Anreiz zum Mehrschichtbetrieb, zur maximalen Senkung der Selbstkosten und Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Auf die Frage nach der Beibehaltung der zentralen Leitung der Planung sei zu antworten, daß die bisherige kleinliche Bevormundung der Betriebe beseitigt werde. Dies läge im Gesamtinteresse: „Da die Betriebe bei der Aufstellung der Pläne sehr daran interessiert werden, ein Maximum an Produktion bei einem Minimum an laufenden Ausgaben und Investitionen auszustößen, kann man mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß die Summe der Betriebspläne im Bereich eines Volkswirtschaftsrates voll und ganz die Erfüllung und Übererfüllung der zentralen Aufgaben sichert.“ Dieser Vorschlag mutet den bolschewistischen Dogmatikern allerhand zu; denn er ist nichts weiter als eine Kopie des liberalen Harmoniedogmas in planwirtschaftlicher Verbrämung.

Notwendigerweise kritisierte *Libermann* auch die Preispolitik. „Es ist ohnehin sehr schlecht, daß bei uns, Mängeln in der Preisbildung zufolge, die einen Erzeugnisse hoch rentabel, die anderen aber verlustbringend sind.“ Die Kostenrechnung der verarbeitenden Betriebe werde verfälscht, weil die Grundstoffpreise generell zu niedrig manipuliert seien, während andere Güter mit unökonomischen Überpreisen belegt wären. Hier hätte

Libermann auch die Bewertung der Anlage- und Umlaufgüter, die sogenannten Produktionsfonds, kritisieren müssen, zumal er sie und ihre Relation zum erzielten Jahresgewinn zur Grundlage der Berechnung der Planerfüllung machen will. Er ist der Meinung, daß nach seinem Verfahren die Betriebe nicht mehr wie bisher gedankenlos jede neue Maschine auf Kosten des Staates anforderten, die dann vielfach gar nicht oder höchst ungenügend ausgenutzt werde. Auch Überplanbestände — sprich Ladenhüter — würden dann nicht mehr produziert, weil die Betriebe gezwungen seien, nur solche Erzeugnisse herzustellen, „die realisiert und bezahlt werden können“.

Schwerwiegende offizielle Kritik in der SBZ

Diese Kritik trifft haargenau auch die Situation in der SBZ. Einer der führenden Funktionäre der Preisbehörden in Ostberlin, *Dost*, hat bereits zugegeben, daß in der Zone teilweise Preise bestünden, die negative ökonomische Auswirkungen hätten. Das in langen Jahren geschaffene Festpreissystem sei veraltet. Wert- und Kostenverhältnisse hätten sich inzwischen wesentlich verschoben. Es sei daher notwendig, das Industriepreissystem grundsätzlich zu verbessern.

Auch für die von Libermann kritisierte Planungs- und Abrechnungsmethodik und ihre Folgen gibt es eine Fülle von Beispielen in der mitteldeutschen Wirtschaft. So ist in dem VEB Wurzener Teppichfabrik im ersten Quartal 1961 eine Kreuzspulmaschine für Teppichflorgarne montiert worden, die heute noch nicht die Leistung gleichartiger Maschinen bringt, die man vor 30 Jahren in der sächsischen Teppichfabrikation in Betrieb genommen hat. Der Herstellerbetrieb „Textima“-Chemnitz sei nicht bereit, die Maschine umzukonstruieren. Sie soll im Gegenteil trotz ihrer offensichtlichen Mängel im kommenden Jahr in die Serienproduktion genommen werden.

„Weltniveau ist Ostniveau, ist sozialistisches Niveau“, hieß es kürzlich in einem Leitartikel im *Neuen Deutschland* der SED. Gleichzeitig wurde darüber geklagt, daß von 1960 zu 1961 in der VVB Mechanik die Kosten für Arbeitsausschuß, Nacharbeiten und Garantieleistungen um 7 vH, in der VVB Bauelemente und Vakuumtechnik um 20 vH und in der VVB Büromaschinen um 23 vH gestiegen seien. Der VEB Zementanlagenbau Dessau habe für das neue Zementwerk Rüdersdorf II einen Drehofen geliefert, der von den Arbeitern wegen seiner schlechten Qualität als Stehofen bezeichnet werde.

Weil der Druck einer ökonomisch echten Kostenrechnung fehlt, haben nach offiziellen

Angaben in der Zone die unvollendeten Investitionen von 1958 bis 1961 um 80 vH, die Investitionen insgesamt nur um 49 vH zugenommen. Der prozentuale Anteil der unvollendeten Investitionen betrug 1958 noch 79 vH und lag im Jahre 1961 bei 97 vH. Wieder wurden die sattsam bekannten Ursachen dafür verantwortlich gemacht: Zersplitterung der Mittel, zu lange Bauzeiten wegen des Fehlens verbindlicher Bauzeitnormen und schlechte Planung. Das Wasserwerk Tettau konnte nicht fristgemäß fertiggestellt werden, weil der VEB Schwerarmaturenwerk „Erich Weinert“, Magdeburg, Abdichtungsclappen und andere Aggregate nicht rechtzeitig lieferte. Auf Tettau entfallen allein 45 Mill. DM unvollendete Investitionen. Wegen ähnlicher Gründe entfallen unvollendete Investitionen im Wert von 160 Mill. DM auf das Salzkohleversuchskraftwerk in den Leuna-Werken und auf die Schmierölfabrik des VEB Mineralölwerk Lützkendorf. Jahre vor ihrem Einbau lagerten Ausrüstungen auf den Großbaustellen, so im Kombinat „Schwarze Pumpe“ im Wert von 60 Mill. DM, für deren Pflege und Aufbewahrung jährliche Kosten von einer halben Million anfielen. Im VEB Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld seien 13 Objekte mit einem Anlagewert von 9,3 Mill. DM noch nicht in der Bilanz aktiviert, obwohl sie zum Teil seit 1957 genutzt würden.

Das Umdenken beginnt

Es ist, als ob die Kritik von Libermann Schleusen der Selbstkritik durch die Wirtschaftsfunktionäre der SED geöffnet hat. Selbst *Ulbricht* hat auf der 17. Tagung des ZK der SED im Oktober ausführlich auf die Argumente Libermanns hingewiesen und damit die Erörterung von Gedanken legalisiert, die er vor kurzem noch als „üble Hetze“ verleumdet haben würde. Finanzminister *Rumpff* ging noch einen Schritt weiter. Während *Ulbricht* erwähnte, daß die Vorschläge Libermanns in der Sowjetunion viel Zustimmung aber auch Widerspruch gefunden hätten, identifizierte sich *Rumpff* bereits völlig mit ihnen und trug sie als „seine eigenen Überlegungen“ vor.

Welche Bedeutung diesen Fragen zukomme, zeige schon der Wert der in den „Betrieben der materiellen Produktion“ arbeitenden Grund- und Umlaufmittel, den er mit mindestens 150 Md. DM angab, was doppelt so viel sei wie das in einem Jahr geschaffene Volkseinkommen. „Kein Werkleiter spürt es heute, wenn er Grundmittel (Anlagegüter) im Betrieb hat, die nicht im Produktionsprozeß genutzt werden.“ Wir haben auf diese Folgen der bürokratisierten, zentralistischen Befehlswirtschaft mit der Beseitigung jeder echten Kostenanalyse des öfteren hingewiesen.

Man kann die Folgen nicht beseitigen, indem man nur hier und da zu marktwirtschaftlichen Hilfsmitteln greift. Doch im Augenblick ist wohl noch nicht mehr zu erwarten. Die Anfänge des großen Umdenkens sind auch schon beachtlich. „Es scheint also notwendig, die Finanzierung der Investitionen in der Richtung zu verändern, daß die Betriebe nicht mehr wie bisher die erforderlichen Mittel für Ersatzinvestitionen, Generalreparaturen, Rekonstruktion und Erweiterungsinvestitionen unentgeltlich aus Mitteln des Staatshaushalts erhalten, sondern aus ihrem eigenen, in ihrem Betrieb erwirtschafteten Gewinn finanzieren müssen.“

Jetzt scheut man sich nicht vor dem Geständnis, daß das bisherige System den technischen Fortschritt geradezu blockiert habe, obwohl uns immer weisgemacht werden sollte, daß ausgerechnet dieses System seine Überlegenheit gegenüber der Marktwirtschaft längst bewiesen habe.

„Wenn wir im Betrieb neue technische Einrichtungen einführen, dann führt das zu einer Einsparung von Arbeitskräften. Dafür werden wir dann bestraft: Weniger Arbeitskräfte heißt nämlich niedrigeren Lohnfonds und damit weniger Geld im Prämienfonds“, hob ein Zwickauer Industriefunktionär hervor, womit er zugleich die große Bedeutung des Strebens nach Prämien zugab, vor dem alle „fortschrittlichen“ Überlegungen verblassen. Die Übermacht der Prämien mit ihrer fatalen Auswirkung ist im betrieblichen Ablauf jedoch nicht das einzige Übel. Hinzu kommt das Fehlen jedes finanziellen Risikos und Gewinnstrebens als Auslesefilter für Entscheidungen der Betriebsleitung. Die Direktoren der Staatsbetriebe sind ja jeden unternehmerischen Denkens entwöhnt worden. Selbst wenn wir dies berücksichtigen, müssen wir von der nüchternen Feststellung des Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrates der SBZ, *Neumann*, überrascht sein, „daß jeder einen Weg finden könnte, einer Entscheidung auszuweichen. Davon müssen wir abkommen. Wir müssen in allen Fragen die persönliche Verantwortung festlegen, so daß festgestellt werden kann, wer entscheiden muß. Zur Zeit sind wir noch nicht so weit. Aber ohne eine solche klare Verantwortung geht es nicht schnell vorwärts, sondern wir würden immer Tempoverlust haben ... Ein zu großer Teil unseres Apparates, der VVB, hat zuwenig Fachleute, die kompetent sind zu entscheiden... Es fehlt die Regelung der entscheidenden Fragen, nämlich wie der Werkleiter den Gesamtbetrieb zu leiten hat und welches seine Pflichten bei der Durchsetzung des technischen Fortschritts sind.“ Wahrlich, welch überlegenes System!

In einer Periode einer günstigen Wirtschaftsentwicklung könnte ein selbstkritisches Umdenken von dieser Tragweite, wenn es dann

dazu überhaupt käme, von einer gewissen Souveränität und inneren Überlegenheit getragen sein. In der SBZ steht es jedoch unter dem schon seit langer Zeit anhaltenden Druck einer schweren Versorgungskrise.

Noch immer Krise in der Landwirtschaft

Einer Verlautbarung des Presseamtes beim Vorsitzenden des sogenannten Ministerrates vom 19. September, in der die Schwierigkeiten der Versorgung mit Fleisch- und Wurstwaren erläutert wurden, war zu entnehmen, daß praktisch die Rationierung wieder eingeführt werden mußte. Als Hauptursachen wurden genannt: Mißernte 1961, sehr angespannte Futterlage, Rückgang der Viehbestände, der Mastgewichte und der Milchleistung der Kühe sowie die komplizierten Probleme, die mit dem Übergang von der individuellen zur kollektiven Landwirtschaft, vor allem der Viehwirtschaft, verbunden seien. Die Bevölkerung habe ferner die Haltung von Kleintieren, Geflügel und Schweinen auf dem Ackerland, das sich im Besitz von Angestellten, Arbeitern, Handwerkern, Gewerbetreibenden und Rentnern befinde, eingeschränkt, so daß nicht nur das Aufkommen an Lebensmitteln verringert, sondern das vorhandene Angebot von diesen Personenkreisen als zusätzlichen Käufern mit beansprucht worden sei. Ulbricht rief zu verstärkter Kaninchenhaltung auf.

Das Presseamt hob hervor: „Diese Lage wird durch die noch immer zu hohen Viehverluste verschärft, die vor allem durch unzureichende Pflege bei der Aufzucht, mangelhafte Ordnung und Sauberkeit in den Ställen und fehlerhafte Fütterung hervorgerufen werden.“ Mit allen Mitteln sei die Viehhaltung zu verbessern. Größere Schweine seien in kürzerer Zeit zu mästen, und nach Abschluß der Getreideernte seien alle Kräfte auf die Hackfruchternte zu richten. Das ungewöhnlich milde Herbstwetter hat es bisher verhindert, daß aus dem relativ langsamen Ablauf der Hackfruchternte sich eine Katastrophe entwickelte. Anfang November waren noch auf 66 000 ha Kartoffeln nachzulesen, womit man Futter für die Mast von etwa 70 000 Schweinen haben würde. Nach den Ernteplänen sollten jedoch schon am 20. Oktober alle Kartoffeltransporte innerhalb der Zone abgeschlossen sein.

Das *Neue Deutschland* gab am 4. Oktober 1962 ein Interview mit dem Versorgungsminister *Lemke* und dem Staatssekretär *Koch* des Landwirtschaftsministeriums zur Frage der Kartoffelversorgung der Bevölkerung bekannt und leitete das Interview mit der beruhigenden Feststellung ein, daß die Ausfuhr von Kartoffeln vorrangig sei. Der Anteil der

höchsten Qualitäten sei noch zu gering, was mit darauf zurückzuführen sei, daß die mit der Sortierung und Verladung beschäftigten vielen Helfer aus den Dörfern und Städten nicht gründlich genug mit den Qualitätsbestimmungen vertraut seien. Die Leistungen der „Sortierbrigaden“ sollten nicht nur nach Tonnen, sondern auch nach der erreichten Qualität prämiert werden. „Es ist in diesem Jahre noch nicht möglich, alle Haushalte entsprechend ihrer Anmeldung mit ersten Qualitäten zu beliefern.“ Außerdem seien die Einkellerungswünsche der Bevölkerung höher als der tatsächliche Verbrauch. In einer freien Wirtschaft ist der Handel an einem möglichst hohen Absatz interessiert. In der Staatsplanwirtschaft gibt es einen solchen Handelsapparat nicht, da verteilt der Staat, jedoch nach anderen Gesichtspunkten.

Am 5. November waren noch 20 vH aller Zuckerrüben im Boden. Die Bezirke Rostock, Dresden, Schwerin und Neubrandenburg hatten die schlechtesten Leistungen aufzuweisen. Dort waren noch 28 bis 36 vH der Rüben zu roden, 46 bis 63 vH der Rüben von den Feldern zu räumen und 43 bis 54 vH der Rübenblätter zu bergen. Vielfach bestehe bei der LPG keine Übersicht, wann die Zuckerrüben ihnen Zuckerrüben in welchen Mengen abzunehmen hätten, was infolge der provisorischen Lagerung bei jeder Nacht möglichen Frösten ernste Verluste zur Folge haben könnte.

Anspruchsvolles Industrieprogramm

Mitte Oktober gab Ulbricht die Hauptaufgaben der mitteldeutschen Wirtschaft für die nächste Zeit bekannt. Sie können hier nicht in Beziehung gesetzt werden zu den Ansätzen des laufenden Siebenjahrplanes oder des Volkswirtschaftsplanes 1962, weil diese inzwischen mehrmals verändert worden sind. Mit höherem Nutzeffekt als bisher sei Braunkohle in Energie umzuwandeln. Die Produktion des Braunkohlentagebaus müsse „optimal“ gesteigert werden, der Kalibergbau sei rasch zu rekonstruieren und zu erweitern. Der jungen, sich rasch entwickelnden Petrochemie müsse wenigstens zum Teil eine eigene Rohstoffbasis gegeben werden. Die Kapazität und Fertigungsqualität der metallurgischen Industrie sei sehr schnell zu erhöhen. Die Elektronik, die Mikromodultechnik und die Molekularelektronik verlangten gesteigerte Aufmerksamkeit, ebenso die Bemühungen des Maschinenbaus zur Förderung der Automatisierung. Industrie- und Tiefbau seien zu erweitern und technisch zu vervollkommen. Das Verkehrswesen sei von den technisch überholten Dampflok auf Diesel- und Elektroloks umzustellen. „Besonders wichtig ist die Entwicklung derjenigen Teile der Ex-

portindustrie, die den modernen Ansprüchen der Sowjetunion, der Staaten des sozialistischen Lagers wie der neutralen Länder entsprechen und im Handel mit den kapitalistischen Ländern guten Absatz finden.“

Dieses anspruchsvolle Programm macht erhebliche Investitionen notwendig. Sie sind bisher im Siebenjahrplan nur zu bestenfalls 50 vH des Planansatzes realisiert worden. Dieser Umstand läßt also keinesfalls Optimismus zu. Die Zone wäre in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung schon viel weiter, wenn sie nicht so ungünstige Startbedingungen gehabt hätte, behauptet der Bericht des ZK der SED vom Oktober 1962 an den VI. Parteitag (*Neues Deutschland*, vom 11. Oktober 1962, S. 5). „Auf dem Territorium der DDR gab es die stärksten Kriegszerstörungen. Wir erfüllten in der Nachkriegsperiode große Wiedergutmachungsleistungen, vor allem in Form von Industrieausrüstungen. Infolge der Spaltung Deutschlands wurde unser Wirtschaftsgebiet von entscheidenden Rohstoffquellen abgeschnitten.“ Die Kriegszerstörungen in Westdeutschland waren größer als die in der SBZ. Hier verdreht der Bericht die Tatsachen. Die Bedienung des Schuldendienstes Deutschlands für den ersten und zweiten Weltkrieg und die Wiedergutmachungshilfe an Israel allein durch die Bundesrepublik wird einfach nicht erwähnt. Die starken Entnahmen aus der mitteldeutschen Substanz nach 1945 haben die „sowjetischen Freunde“ zu vertreten, die ebenfalls allein dafür verantwortlich sind, daß die westdeutschen Rohstoffquellen von der mitteldeutschen Wirtschaft nicht im möglichen Ausmaß ausgenutzt werden können.

Das Niveau dieses offiziellen Berichts wird am besten gekennzeichnet durch die Feststellung, daß die Überwindung des Mißverhältnisses zwischen der Kaufkraft und dem Warenangebot vor allem die vorrangige Entwicklung der Grundstoffindustrie erfordere. Wer diese Empfehlung befolgt, wird das Mißverhältnis nur noch vergrößern.

Noch schärfere Ausbeute menschlicher Arbeitskraft

Weit folgerichtiger ist die „Richtlinie des Ministerrates über die Entwicklung von Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn, Neue Technik — neue Normen und Anwendung zweckmäßiger Lohnformen im Jahre 1963“, die das „Präsichum des Ministerrates am 25. Oktober 1962 beschloß. Sie sollen die „maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität“ und eine möglichst zurückhaltende Steigerung des Durchschnittslohnes sichern. Das nach dem 13. August 1961 verkündete Produktionsaufgebot: „Für das gleiche Geld in der gleichen Zeit mehr leisten“, wird hierdurch

untermauert. „Gelten die Leistungen der Besten als Maßstab der Arbeit für alle, ergeben sich neue große Möglichkeiten, die Arbeitsproduktivität weiter zu steigern.“ Die Normschraube wird so scharf angezogen, daß kaum noch Spielraum bleibt. Eine derart hemmungslose Ausbeutung menschlicher Leistungsfähigkeit ist nur in einem totalitären Polizeistaat denkbar.

Die Bevölkerung Mitteldeutschlands steht im Herbst 1962 unter einem wiederum verstärkten Druck. Sie kann sich nicht dagegen wehren und nur hoffen, daß wir im Westen ihre Lage wenigstens richtig erkennen und das uns Mögliche zu ihrer Linderung tun. Womit haben wir es eigentlich verdient, auf der richtigen Seite des Eisernen Vorhanges leben zu dürfen?

Dr. Walter Meier